

Martina Schmück-Glock
Vorsitzende der SPD-Fraktion im Regionalverband Ruhr

Rede zur Einbringung des Haushaltes 2019
in der RVR-Verbandsversammlung
am 14. Dezember 2018

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Damen und Herren,

nur noch eine Woche. Noch sieben Tage. Der Countdown läuft, und dann war es das. Dann ist Schicht am Schacht. Dann geht mit der Schließung der letzten Steinkohlezeche in Bottrop eine Ära zu Ende. Eine Ära, die diese Region geprägt hat, ihr den Stempel aufgedrückt hat: „Tief im Westen, wo die Sonne verstaubt.“

Doch der Autor dieser Liederzeilen - Herbert Grönemeyer - hat seine aus dem Jahr 1984 stammende Beschreibung im Jahr 2010 bereits revidiert. Er hat erkannt und besungen wie sich die Region ändert und heute „tickt“. [*Wo woher kein Thema ist - Man sich mischt und sich nicht misst - Wo man gleich den Kern benennt - Und das Kind beim Namen kennt - Von klarer offener Natur - Urverlässlich, sonnig stur - Das ist Ruhr*]

Das war das Eröffnungslied der Kulturhauptstadt 2010. Ein tolles, ein nachhaltiges Event! Weitere werden folgen!

Das ist Ruhr: der RVR wird 100 Jahre alt, die Klimametropole Ruhr feiern wir im Jahr 2022, die Internationale Gartenausstellung im Jahr 2027.

Doch zunächst: Der RVR wird hundert Jahre alt.

Da sage ich mit einem Augenzwinkern: Da kann es doch kein Zufall sein, dass mit dem nächsten Haushalt auch die Hunderter-Schallmauer durchbrochen wird. Damit meine ich die Verbandsumlage, die – wenn ich die Zahlen des Kämmerers richtig mitgeschrieben habe – im Ergebnisplan bei etwa 101 Millionen Euro liegt und damit etwa doppelt so hoch wie vor zehn Jahren.

Aber das ist auch nur logisch und konsequent, wenn der RVR mehr regionale Arbeit übernimmt, wenn ein Mehr an regionaler Kooperation und Koordination auf ihn übertragen wird. Ein gutes Zeichen, denn der Mehrwert des Verbandes für die Mitglieder des Verbandes wird von ihnen erkannt und wertgeschätzt! Ich zitiere den Kämmerer bei der Einbringung des Haushalts 2019: „*Die Oberbürgermeister und Kämmerer der Mitgliedskommunen sind mit den haushaltswirtschaftlichen Ergebnissen des Regionalverbandes Ruhr im Großen und Ganzen zufrieden. Das zeigen die Schreiben der Mitgliedskörperschaften, die den Regionalverband Ruhr im Rahmen des Benehmensverfahren erreicht haben.*“

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

um zu unseren Haushaltsanträgen Stellung zu beziehen, um diese zu erläutern, möchte ich etwas weiter ausholen. Die Kohle-Ära hinterlässt Spuren. Aus vielen Industrieregionen der Welt kommen inzwischen Gäste, um zu sehen, wie wir bisher damit umgegangen sind, wie Strukturwandel funktioniert. Aber nichts bleibt, wie es ist. Es wandelt weiter:

Von der Kohle zum Stahl, vom Stahl zur Dienstleistung und zunehmend zur digitalen Welt. Dieser Wandel vollzieht sich bei uns stetig, ist unser täglicher mal stiller, mal lauter Begleiter, er stellt uns vor ständig neue Herausforderungen.

Es geht beim Umgang mit dem Wandel auch um Erfüllung des Auftrags aus dem Grundgesetz-Artikel 72 „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse“.

Dies ist das aus der Raumordnung stammende Ziel, das im Zuge der deutschen Einheit den Weg ins Grundgesetz gefunden hat und mit dem Raumordnungsgesetz auch die Rahmenbedingungen für Landesplanung und Regionalplanung setzt.

Der Raumordnungsbericht liefert seit ungefähr vierzig Jahren eindrucksvolle Belege dafür, wie es um die Wohnungsversorgung, um die Arbeitsplätze steht, wie unterschiedlich die Lebensbedingungen sind; er stellt dar, wie groß die Steuerkraftunterschiede sind, wie die Bevölkerung altert und wie es sich mit der Mobilität für die Menschen verhält.

Es stellt sich die Frage: Wie können gleichwertige Lebensbedingungen dort erreicht werden, wo die Grundvoraussetzungen dafür nicht erfüllt sind?

Die anhaltend hohen sozialen Ausgaben sind regional sehr unterschiedlich: In prosperierenden Regionen sinken die Sozialausgaben und steigen die Sachinvestitionen, während in strukturschwachen Regionen die Sozialkosten zulasten von Zukunftsinvestitionen steigen. Die Schere geht auseinander. Mit anderen Worten: wir müssen die Kommunen von den Sozialkosten entlasten.

Die Teilung zwischen finanzstarken und finanzschwachen Kommunen müssen wir überwinden. Von den rund fünfzig Milliarden Euro an Kassenkrediten betrifft der überwiegende Teil Kommunen, die einem dramatischen Strukturwandel unterliegen. Ihnen muss konkret geholfen werden, vor allem bei einer Lösung des Altschuldenproblems.

Welche Rolle kann der RVR bei diesem grundgesetzlichen Auftrag „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ übernehmen?

Sicherlich zunächst eine sehr bescheidende Rolle: Finanzberichte erstellen, Sozialkonferenzen durchführen, Bildungsberichte anfertigen, Datengrundlagen liefern, Analysen und Konzepte liefern, Netzwerke bilden, Förderanträge in Brüssel und Berlin stellen, Anmahnen und Thematisieren des Altschuldenproblems bei der Bundesregierung .

Spannend wird die Frage, wie wir mit den Steuerungsmöglichkeiten umgehen, die wir mit dem Regionalplan Ruhr sowie mit dem Handlungsprogramm zur räumlichen Entwicklung der Metropole Ruhr erhalten haben. Das wird es noch heiße Diskussionen geben, um die widerstreitenden Interessen des Wohnungsbaus, der Gewerbeflächen, der Freiflächen unter einen Hut zu bringen.

Ökonomische Entwicklungen kommen an ihre Grenze, wenn nicht die Ursachen solcher Einschränkungen bekämpft werden! Ich nenne Beispiele: wie tief muss denn der Rhein ausgebaggert werden, damit die Schiffe wieder Güter transportieren können, wenn sich die Regenmenge immer mehr reduzieren sollte? Ist der zu flache Rhein die Ursache oder stecken andere Probleme dahinter? Wie vermeiden wir künftig die Überhitzung von Städten, wenn Eingriffe in Freiflächen immer mehr zunehmen? Da wäre es doch klüger, gemeinsam die jetzigen Regionalen Grünzüge - ein großartiger Schatz an Frischluft und Kaltluftschneisen, mit dem diese Region wuchern kann - zu erhalten und ihre Qualität zu sichern.

Und damit komme ich zurück zum Haushalt 2019: Ja, wir brauchen Konzepte, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Linken, aber im Moment kein neues regionales Klimaschutzkonzept. Der regionale Umweltbericht aus 2017 ist aktuell und aussagekräftig genug. Wir haben genug Erkenntnisse, wir müssen handeln.

Das tun wir auch: allein die Streichungsliste der FDP weist ja darauf hin, dass der RVR aktiv ist, sonst könnte es ja keine Vorschläge geben zur Streichung von:

Klimaanpassungskonzepten, Klima Challenge, Radregion Ruhr, Ruhr Mobil. Alles soll weg!

Ich erkenne daraus: die FDP hat die Zeichen der Zeit noch nicht erkannt. Sie fährt offensichtlich immer noch mit **einer** Pferdestärke „Hoch auf dem gelben Wagen“ durch die Umweltzonen!

Eine gelungene Überleitung zum Thema Mobilität!

Die SPD-Fraktion im RVR hat vor etwas mehr als sechs Jahren einen Antrag zum Regionalen Mobilitätsentwicklungskonzept eingebracht, der damals einstimmig verabschiedet wurde. Welche Rolle kann der RVR im Bereich Mobilität übernehmen?

Natürlich kann der RVR eigene regional bedeutsame Radwege bauen. Das hat sich bewährt, das kann der Verband. Er hat das Thema Radschnellwege auf die bundespolitische Bühne gehoben. Aber reicht das? Er kann auch die regionale Brille aufsetzen und mit dem Blick von oben im Interesse aller auf die gesamte Region schauen. Die Ergebnisse des Zwischenberichts zum Mobilitätskonzept, die im letzten Planungsausschuss vorgestellt wurden, sind ernüchternd. Aber die große mediale Resonanz auf die Ergebnisse und das Erleben des täglichen Verkehrschaos gerade in dieser Jahreszeit machen klar: hier muss etwas passieren. Und zwar städteübergreifend, diese Herausforderung sprengt die kommunalen Grenzen.

Es geht nicht darum, die Kompetenz anderer abstreiten zu wollen. Es geht darum, die Interessen der Region zu bündeln und zu kanalisieren, ggf. mit guten Vorschlägen und Lösungsansätzen zu ergänzen. Wir brauchen kein neues Gutachten Nahverkehrsplan Ruhrgebiet, wir brauchen die Fertigstellung des bereits beauftragten Konzepts. Und was die Region braucht ist Kohle, nicht die unter der Erde liegt, sondern die aus Berlin und Düsseldorf kommen muss. Da nutzen keine Dieselfahrverbote und Lockangebote für den Kauf neuer Autos: da gehört ein starker, zuverlässiger, pünktlicher, bezahlbarer Nahverkehr geschaffen. Und dabei schauen wir voller Hoffnung auf die Ruhrkonferenz der Landesregierung. Auch dort ist es das Thema: Neue Mobilität, wie vernetzen wir die Metropole Ruhr?

Zugegeben, ein genauer Fahrplan und ein genaues Verfahren sind mir bislang nicht bekannt. Wir haben aber über alle Ebenen in unserer Partei verabredet, dass wir uns in diesen Prozess einbringen wollen. Konstruktiv, nicht blockierend. Es geht uns nicht darum, auf diesem Wege Parteipolitik zu machen, dafür ist der Anlass nicht geeignet. Allerdings wäre ich der Landesregierung dankbar für Hinweise, wie es im nächsten Jahr, das in 17 Tagen beginnt, vorangeht. Und ich kann nur noch einmal appellieren: Herr Ministerpräsident, nehmen Sie den RVR als die regionale Klammer mit! Lassen sie uns die Zeit nicht mit weiteren Gutachten oder Bestandsaufnahmen vergeuden. Ich glaube, es gibt keine andere Region in Deutschland

über die es mehr solcher wissenschaftlicher Analysen gibt. Es kann der Landesregierung eigentlich nur angeraten werden, sich beim RVR zu bedienen.

Damit komme ich zur Begründung einiger Haushaltsanträge der Koalition und dem Abstimmungsverhalten zu anderen Anträgen - und ich bleibe noch einmal bei der Landesregierung. Denn der Landesarbeitsminister war Gast bei der letzten Sozialkonferenz in Duisburg. Ich habe das Gefühl, dass er einige Positionen und Forderungen, die ihm u.a. Dr. Frank Dudda und Olaf Schade in den Diskussionen zu dem Thema Hilfe für Langzeitarbeitslose nahegebracht haben, wenigstens in Teilen auch mit den neuen Möglichkeiten der Bundesgesetze umsetzen möchte. Das ist für uns ein wichtiges Thema, denn auch da sind der RVR und seine Tochtergesellschaften schon seit geraumer Zeit aktiv. Aber mit Hilfe der neuen bundesgesetzlichen Regelungen bieten sich weitere Möglichkeiten, die wir nutzen wollen. Und diese Perspektive sehen wir auch bei dem Antrag der Linken „Integration in den Arbeitsmarkt stärken“, bei der wir keine neue Studie wollen, sondern von den Best-Practice-Beispielen innerhalb einer Sozialkonferenz profitieren.

Auch an dieser Stelle sei bemerkt: eine Fraktion dieses Hauses hält eine Sozialkonferenz für überflüssig. Gut, dass sich diese liberalen Positionen in der Landesregierung bislang nicht durchsetzen konnten.

Da bin ich dann wieder bei der Herausforderung „gleichwertige Lebensverhältnisse“ herzustellen. Denn unter dieser Überschrift können wir viele Projekte und Aufgaben des Verbandes subsummieren.

Aus Sicht meiner Fraktion gibt es ein inzwischen bewährtes RVR-Projekt, das sich etabliert hat und mit Blick auf die aktuellen Entwicklungen in diesem Bereich weiterentwickelt werden muss. Ich rede vom Wohnungsmarktbericht.

Mit Blick auf Anforderungen im Wohnungsbau, auf gestiegene Flächenansprüche, auf drohende Zersiedelungen, auf rasant steigenden Mietkosten möchten wir ein regionales Wohnungsmarktkonzept auf den Weg bringen. Einige Kommunen verfügen bereits über kommunale Konzepte, im letzten Wohnungsmarktbericht steht wörtlich *„In dieser hochverdichteten Region wirken sich die Veränderungen in einer Stadt oder Gemeinde unmittelbar auf die Nachbarkommunen aus“*.

Ergänzt man das um in der Baubranche gängige Begriffe wie „Innovationsoffensive, Bestandsoffensive oder Aufwertungsstrategie“ ist man auch schnell wieder bei

Zukunftsfragen, mit der sich die IGA innerhalb der Großprojekte Siedlungs- und Freiraumentwicklung in Duisburg-Hochfeld und Dortmund-Dorstfeld beschäftigen wird. Fragen, auf die es durch Bottrop als „Innovation City“ ja auch schon einige Antworten gibt und von der die ganze Region durch das Rollout profitieren kann.

Um notwendige Investitionen, weniger um Innovationen geht es in unserem Antrag zu den Freizeitgesellschaften. Wir wollen, dass die Bäder bekannt werden und die Besucherzahlen steigen, dazu machen wir gemäß dem Wirtschaftsplan der FMR Marketingaktionen z.B. in Form von Radio-Werbespots der Freizeitmetropole Ruhr. Aber die Besucher werden nur einmal kommen, wenn wir Ihnen nicht Entsprechendes bieten. Doch es mangelt an Geld, manchmal für die notwendigsten Erneuerungen. Daher möchten wir für das nächste Jahr einmalig insgesamt 1,2 Mio. Euro für Investitionen zur Verfügung stellen. Für alle Gesellschaften mit Badanlagen sollen jeweils 200.000 Euro in 2019 als Zuschuss des RVR gezahlt werden, gleich ob unter dem Dach der gemeinsamen Gesellschaft oder an die verbliebenen Singles. Schön wäre es, wenn die Mitgesellschafter den gleichen Betrag aufbringen und damit die Investitionsmöglichkeiten verdoppeln könnten, dies ist aber keine Bedingung.

Ich würde mich freuen, wenn aus dem Bäder-Quartett in naher Zukunft ein Sextett wird. Und das sage ich gleich an dieser Stelle zum späteren TOP 2.5.2: Der Antrag zur Kündigung des Gesellschaftsvertrages Revierpark Wischlingen wird von uns abgelehnt! Man kann nicht Gespräche vereinbaren und vorher Nägel mit Köpfen machen und Kündigungen aussprechen!

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich habe angefangen mit den wichtigen Ereignissen und Dekadenprojekten des Verbandes und möchte am Ende meiner Ausführungen noch einmal darauf zurückkommen.

Wir feiern bald den hundertsten Geburtstag - und wollen nicht alle aus dem Fenster steigen und verschwinden, sondern direkt gewählt werden. Die Vorbereitungen für dieses Jubiläum laufen auf vollen Touren, in allen Fachbereichen des RVR wird dazu gearbeitet. Manchmal ist dies aus den Projektbeschreibungen noch nicht erkennbar. Daher wollen wir mit unserem Antrag Nr. 2 die Projekte einmal gebündelt sehen. Von dem bisherigen Projekt „04-09- 100 Jahre ökologische Erneuerung“ wissen wir, dass es die Errungenschaften im Bereich Ökologie

darstellen soll. Wir möchten dies aber eher unter einer zukunftssträchtigen Überschrift „Moderne ökologische Infrastruktur Ruhr“ subsumieren und wollen die Verwaltung beauftragen, das Konzept hierfür regional auszuweiten. Im Idealfall wird das eine Veranstaltung, die an einem Tag an vielen Orten deutlich macht, was der RVR spürbar und konkret für die Menschen in der Region macht und gemacht hat. Auf Radwegen, Umweltstationen, an Ruhr, Emscher und Lippe, in Revierparks und RVR-Wäldern. Dabei kann deutlich werden, dass die regionalen Aufgaben in der Geschichte des Verbandes vielleicht nie so spannend und wichtig waren wie jetzt.

Über allem, das möchte ich heute ausdrücklich hervorheben, strahlt die IGA. Vor ein paar Jahren als kleine Idee geboren, in ersten Überlegungen als „Blumenschau“ belächelt, steht jetzt die gesamte Region nahezu geschlossen hinter diesem Vorhaben! In allen Räten und Kreistagen hat man sich für die IGA 2027 ausgesprochen, zuletzt am gestrigen Tag einstimmig in Gelsenkirchen. Die Gründung der Durchführungsgesellschaft steht bevor.

Die SPD Fraktion geht dabei von Veranstaltungen und Projekten **für** die gesamte Region und **in** der gesamten Region aus. Es soll durchaus eine Leistungsschau der Zukunftsgärten an den Hauptstandorten Duisburg, Gelsenkirchen, Dortmund werden. Aber genauso wichtig sind die eintrittsfreien Zukunftsgärten sowie die zweihundert Projekte von ca. fünfzig Beteiligten und die Mitmachaktion „Mein Garten“! Alle sollen von Ideen und Projekten profitieren, von den Beispielmodellen „wie wir morgen leben, wohnen, arbeiten wollen“.

Nach der IBA, nach dem Emscherumbau wollen wir erneut zeigen, zu welchen innovativen Antworten auf die Problemstellungen des Klimawandels und der Strukturveränderungen diese Region fähig ist. Von Ausgangspunkt „Wo die Sonne verstaubt“ hin zur grünsten Industrieregion der Welt! Das ist Ruhr! Vielleicht nehmen wir schon mal Kontakt zu Herbert Grönemeyer auf, um einen neuen Text zu schreiben.

Ich bedanke mich an dieser Stelle bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Regionalverbands und seiner Beteiligungsgesellschaften. Ich wünsche Ihnen und allen hier Versammelten erholsame und friedliche Festtage.

Und ich schließe mit dem wunderschönen Gruß Glück auf!